

## Amerika hat gewählt – und jetzt?

Petra Zimmermann-Steinhart

### 1. Einleitung

Am 2. November 2004 standen in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur der Präsident zur Wahl, sondern auch das Repräsentantenhaus sowie Teile des Senats wurden neu gewählt.<sup>1</sup> Das Überraschende an dieser Wahl ist nicht die Wiederwahl des zeitweilig politisch tot geglaubten Präsidenten George W. Bushs, sondern dass die Republikaner ihre Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses ausbauen konnten. Der Präsident, im präsidentiellen politischen System mit einer Fülle an Macht ausgestattet, kann nun vorerst weiter regieren, ohne dass er dabei durch demokratische Mehrheiten in einer der beiden Parlamentskammern gestört werden könnte. Die für die USA typischen und von den Verfassungsvätern so austarierten *checks and balances* bleiben durch das Ergebnis dieser Wahl vorerst aufgehoben. Zwar garantiert eine Mehrheit der eigenen Partei im Kongress aufgrund der im Vergleich zu parlamentarischen Regierungssystemen sehr gering ausgeprägten Fraktionsdisziplin noch nicht, dass die Pläne der Regierung die Zustimmung des Parlaments finden, doch ist in diesem Fall damit zu rechnen, da viele der neuen republikanischen Kongressmitglieder ausgewiesene Konservative sind. Ähnliches gilt für das Regierungsteam und die bereits ersichtliche politische Agenda.

### 2. Das Ergebnis der Wahlen

#### 2.1 Wahlergebnis und Wahlbeteiligung

Im Gegensatz zu seiner ersten Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat George W. Bush bei dieser Wahl nicht nur die Mehrheit im Wahlmänner-Kollegium gewonnen, sondern auch die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinen können. Aufgrund des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlsystems ist eine Übereinstimmung dieser beiden Mehrheiten nicht selbstverständlich. Der amerikanische Präsident wird nicht direkt durch das Volk, sondern indirekt durch ein Wahlleutegremium, das so genannte „*electoral college*“ gewählt.<sup>2</sup> Demjenigen Kandidaten, der die meisten Stimmen in einem Staat erhält, werden alle Stimmen des *electoral colleges* zu-

gesprochen. Eine Ausnahme hiervon bilden die beiden Staaten Maine und Nebraska, die ein alternatives Verfahren anwenden, das bislang aber nicht zu einer Aufspaltung der Wahlmännerstimmen geführt hat.<sup>3</sup>

Bush kam US-weit auf 50,7 Prozent der Wählerstimmen und auf 286 Stimmen im *electoral college*, während auf John F. Kerry 48,3 Prozent der Wählerstimmen und 252 Stimmen im Wahlmännergremium entfielen.<sup>4</sup> Der unabhängige Kandidat Ralph Nader, der Al Gore im Jahr 2000 die entscheidenden Stimmen zum Sieg gekostet hatte, der auch im Jahr 2004 wieder angetreten war, spielte bei dieser Wahl eine sehr untergeordnete Rolle. Seine Kandidatur war vor allem seitens der Demokraten und ihrer Anhänger stark kritisiert worden, aber im Gegensatz zur letzten Präsidentschaftswahl erzielte er ein marginales Ergebnis. Seine Wähler aus dem Jahr 2000 waren entweder zu Hause geblieben oder entschieden sich nun für John Kerry (McDonald 2004: 2). Das Ergebnis ist zwar knapp, aber aufgrund der Übereinstimmung von *popular vote* und *electoral college* dennoch beachtlich.

### Wahlbeteiligung

Wichtige Themen im Vorfeld der Wahl waren die erwartete hohe Wahlbeteiligung einerseits sowie die Probleme bei der letzten Präsidentschaftswahl andererseits. In vielen Staaten wurde das Wählen vor dem eigentlichen Wahltermin, das „*early voting*“ ermöglicht, die Briefwahl, das „*absentee voting*“ sollte erleichtert werden. Bei beiden Wahlformen kam es zu gravierenden Schwierigkeiten, Wähler bekamen ihre Unterlagen nicht rechtzeitig oder mussten viel Zeit in langen Warteschlangen verbringen. Die Stimmung wurde zusätzlich dadurch angeheizt, dass immer wieder von offensichtlichen Manipulationsversuchen hinsichtlich der Wählerregistrierung berichtet wurde. Beiden Parteien wurde vorgeworfen, gezielt Registrierungen von Wählern des politischen Gegners unterschlagen zu haben (vgl. z.B. New York Times, 02.11.2004, S. A1).

Die Befürchtung, dass diese Wahl wieder durch Gerichte entschieden werden würde, war enorm und beide Seiten hatten ihre Anwälte bereits in Position gebracht. Am Wahltag selbst verlief der Wahlakt wesentlich unspektakulärer als befürchtet. Für deutsche Verhältnisse allerdings ungewöhnlich und eher erstaunlich waren die langen Warteschlangen vor den Wahllokalen, in denen die Wähler mehrere Stunden wartend verbringen mussten und dies, obwohl die Wahlbeteiligung insgesamt niedriger war als zuvor angenommen und obwohl viele Wähler von der Möglichkeit des Vorabwählens Gebrauch gemacht hatten. Die Probleme bei der Registrierung führten dazu, dass eine große Zahl an Wählern auf provisorischen Wahlzetteln wählen musste, die nur im Fall eines knappen Ergebnisses ausgezählt und berücksichtigt worden wären. Im schließlich wahlentscheidenden Staat Ohio wurden beispielsweise mehr als 130.000 provisorische Wahlzettel nicht ausgezählt, weil Kerry seine Niederlage bereits vorher eingestanden hatte.

Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei 60 Prozent und somit um 5,9 Prozent höher als bei der Wahl im Jahr 2000. Die Wahlbeteiligung ist in allen Staaten gestiegen, wobei der Anstieg in den so genannten „*swing states*“ deutlicher ausfiel als in den anderen Staaten. In Ohio lag die Wahlbeteiligung beispielsweise 10 Prozentpunkte höher als im Jahr 2000, in Florida um 9,3 Prozent höher. Staaten mit Referenden über die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen oder Staaten mit stark umkämpften Kongressposten weisen ebenfalls einen starken Zuwachs der Wahlbeteiligung aus. Insgesamt verzeichneten die „*red states*“, die von Bush gewonnenen Staaten, einen höheren Zuwachs der Wahlbeteiligung als die „*blue states*“, die von Kerry gewonnenen Staaten (McDonald 2004).

Tabelle: Präsidentschaftswahlergebnisse nach Staaten

Staat	George W. Bush		John F. Kerry		Ralph Nader		Wahlmänner	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Bush	Kerry
Texas	4.495.797	61	2.816.501	38	0	0	34	
Florida*	3.836.217	52	3.459.299	47	32.036	0	27	
Ohio*	2.796.147	51	2.659.664	49	0	0	20	
Georgia	1.867.988	59	1.302.703	41	0	0	15	
North Carolina	1.919.903	56	1.488.278	43	0	0	15	
Virginia	1.662.439	54	1.396.233	45	0	0	13	
Indiana	1.474.475	60	960.899	39	0	0	11	
Missouri	1.452.715	53	1.253.879	46	0	0	11	
Tennessee	1.381.852	57	1.033.030	42	8.832	0	11	
Arizona	879.202	55	705.986	44	0	0	10	
Alabama	1.174.278	63	691.830	37	6.777	0	9	
Colorado*	1.011.378	53	883.021	46	11.269	1	9	
Louisiana	1.101.710	57	818.211	42	7.015	0	9	
Kentucky	1.064.504	60	709.072	40	8.807	0	8	
S. Carolina	920.321	58	647.998	41	5.410	0	8	
Oklahoma	959.655	66	504.077	34	0	0	7	
Iowa*	745.742	50	732.492	49	5.811	0	7	
Arkansas	566.676	54	464.156	45	6.031	1	6	
Kansas	711.083	62	416.905	36	8.955	1	6	
Mississippi	657.920	60	435.584	40	2.995	0	6	
New Mexico*	363.525	50	351.269	49	3.822	1	5	
Nebraska	485.476	67	234.150	32	5.289	1	5	
Nevada*	414.939	50	393.372	48	4.785	1	5	
Utah	600.564	71	224.848	27	10.742	1	5	
West Virginia*	418.151	56	321.641	43	3.951	1	5	
Idaho	408.227	68	180.900	30	0	0	4	
Alaska	151.498	62	85.819	35	3.884	2	3	
Montana	260.463	59	168.707	38	6.035	1	3	
North Dakota	195.998	63	110.662	35	3.741	1	3	
South Dakota	232.545	60	149.225	38	4.317	1	3	
Wyoming	167.130	69	70.620	29	2.734	1	3	
California	4.403.495	44	5.427.055	55	0	0		55
New York	2.780.749	40	3.967.047	58	103.310	2		31
Illinois	2.313.415	45	2.826.757	55	0	0		21
Pennsylvania*	2.748.900	49	2.870.358	51	0	0		21
Michigan*	2.306.259	48	2.471.402	51	23.914	0		17
New Jersey	1.587.494	46	1.799.320	53	18.614	1		15
Massachusetts	1.067.163	37	1.793.916	62	0	0		12
Washington	877.796	46	997.204	52	13.883	1		11
Maryland	936.505	43	1.209.827	56	10.573	0		10
Minnesota*	1.345.168	48	1.443.564	51	18.537	1		10
Wisconsin*	1.477.122	49	1.488.935	50	16.324	1		10
Connecticut	686.923	44	847.666	54	12.708	1		7
Oregon*	808.052	47	879.798	52	0	0		7
Hawaii	194.109	45	231.318	54	0	0		4
Maine	308.997	45	364.153	53	7.476	1		4
New Hampshire*	330.848	49	340.019	50	4.447	1		4
Rhode Island	161.345	39	247.071	60	3.976	1		4
Delaware	164.807	46	191.870	53	2.050	1		3
D.C.	19.007	9	183.876	90	1.318	1		3
Vermont	120.710	39	183.621	59	4.426	1		3
Gesamt	59.017.382	51	55.435.808	48	394.794	1	286	252

\* swing states

Quelle: New York Times, 04.11.2004, S. P4.

## Ergebnis Senatswahlen

In 34 Staaten fanden parallel zur Präsidentschaftswahl Wahlen für den Senat, der Zweiten Kammer des US-amerikanischen Parlaments statt. In 26 dieser Staaten blieben die parteipolitischen Konstellationen unverändert. In den restlichen acht Staaten fand ein Wechsel statt. Die Republikaner gewannen in sechs dieser Staaten, die Demokraten in zweien. Die Republikaner haben Senatoren-Sitze in South Dakota, Florida, Louisiana, North Carolina, South Carolina und Georgia hinzugewonnen, die Demokraten haben Senatoren-Sitze in Colorado und Illinois hinzugewonnen. Das heißt, die Demokraten verfügen nun über insgesamt vier Senatorenposten weniger als vor der Wahl. Insgesamt setzt sich der Senat nun aus 55 Vertretern der Republikaner und 45 Vertretern der Demokraten zusammen.

Für die Demokraten besonders schwer zu verschmerzen war die Niederlage des bisherigen Führers der Demokraten im Senat, Tom Dashle, der als einziger Amtsinhaber das Rennen gegen seinen Kontrahenten verlor. Der Senat verändert sich nach der Wahl nicht nur parteipolitisch zugunsten der Republikaner, sondern auch, was die Einstellungen der Senatoren angeht, da eine Reihe von neuen Senatoren auf republikanischer Seite konservativere Positionen vertreten als ihre Vorgänger. Dies gilt nicht nur für diejenigen, die einen Vorgänger aus der demokratischen Partei haben, sondern auch für neue republikanische Senatoren mit republikanischen Vorgängern.

## Ergebnis der Wahlen für das Repräsentantenhaus

Auch aus den Wahlen zum Repräsentantenhaus gingen die Republikaner als Sieger hervor. Hier haben die Demokraten netto vier Mandate verloren und kommen jetzt auf 201 Abgeordnete, während die Republikaner mit 232 Abgeordneten vertreten sind. Darüberhinaus gibt es einen unabhängigen Abgeordneten und inzwischen einen freien Sitz, da ein Abgeordneter seit der Wahl verstorben ist.

## 3. Wahlkampf

### 3.1 Wahlkampfthemen

Die wichtigsten Themen im Wahlkampf waren (1) Irak-Krieg, (2) Terrorismus, (3) Wirtschaft und Arbeitslosigkeit, (4) Gesundheitssystem sowie (5) ethisch-moralische Werte und hierbei insbesondere die Frage der rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe (vgl. Abramowitz 2004). Der Fokus der beiden Präsidentschaftskandidaten lag im Wahlkampf nicht auf den gleichen Themen. Die Republikaner argumentierten vor allem mit Sicherheitsfragen und mit ethisch-moralischen Werten. In diesem Zusammenhang sind auch die in elf Bundesstaaten zeitgleich mit der Präsidentschaftswahl anberaumten Referenden über gleichgeschlechtliche Ehen einzuordnen. Diese waren nicht zuletzt als Strategie zur Mobilisierung der konservativen Wählerschaft angesetzt worden.

Der Fokus der Demokraten lag sehr viel stärker auf Aspekten der sozialen Sicherungssysteme wie zum Beispiel dem Gesundheitssystem oder der steigenden privaten Kosten für Bildung sowie auf Wirtschaftsthemen. Hinsichtlich des Irak-Krieges und der Terrorismusbekämpfung legten die Republikaner großen Wert darauf, diese beiden

Komplexe als ein Thema, den so genannten „Krieg gegen den Terrorismus“ darzustellen, während die Demokraten versuchten, die Wähler davon zu überzeugen, dass es sich um zwei Themen handle, die allein durch Bushs Darstellung verknüpft worden seien. Die Gewichtung der Wahlkampfthemen spiegelt sich auch in den Nachwahlbefragungen wider. Die Wählerinnen und Wähler des Präsidenten gaben mehrheitlich an, diesen auf Grund von Werten und des Irak-Krieges beziehungsweise der Terrorismusbekämpfung gewählt zu haben, während die Kerry-Wähler als Wahlgründe die Wirtschafts- und im weitesten Sinne, die Sozialpolitik nannten (Campbell 2004: 8).

### 3.2 Wahlkampfklima/Wahlkampfstrategien

Das Klima des Präsidentschaftswahlkampfes kann als Reizklima bezeichnet werden. Beide Seiten waren in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich und lieferten sich eine in Deutschland nur schwer vorzustellende Schlacht, bei der die obere Hälfte der Gürtellinie nicht immer die Grenze war.

Zunächst machten sich beide Parteien einen Sport daraus, Prominente, die der jeweils anderen Partei zugeordnet werden, bei ihren Wahlparteitagen, den „conventions“ auftreten zu lassen. So trat der Sohn von Ronald Reagan, Ron Reagan bei der *convention* der Demokraten auf und sprach sich für John Kerry aus. Im darauffolgenden Monat beim Wahlparteitag der Republikaner, fand sich ein demokratischer Senator, Zell Miller, der einer Gruppe „Demokraten für Bush“ vorstand und als einer der Hauptredner zur Wahl Bushs aufrief. Der konservative Miller ist der einzige Politiker, der in der gleichen Halle für Präsidentschaftskandidaten zweier verschiedener Parteien aufrief, nachdem er 1992 einer der Hauptredner bei der Nominierung Bill Clintons gewesen war.

Millers Auftritt bei der republikanischen Nominierungsveranstaltung ist exemplarisch für das Bild Kerrys und des Vizepräsidentschaftskandidaten, John Edwards in den Vereinigten Staaten. Wenn Miller deren Anschauungen als „too far left of the mainstream that they, frankly, are off the charts“<sup>5</sup> bezeichnet, trifft er damit den Nerv zahlreicher Wählerinnen und Wähler, die sich in dieser Wahl für Bush entschieden haben, weil Kerry ihnen zu links erschien (vgl. hierzu auch Campbell 2004: 11).

Einen Höhepunkt an Aggressivität bildete die Kampagne einer Gruppe, die sich „Swift Boat Veterans for Truth“ nannte. Diese Gruppe, die durch den texanischen Bush-Anhänger Bob Perry massiv unterstützt wurde, bestritt Kerrys Verdienste im Vietnamkrieg und bezeichnete ihn offen der Lüge. Die Gruppe platzierte eine Anzeigenkampagne in den Printmedien sowie Fernsehspots. Die Verleumdungskampagne erinnerte stark an die Kampagne, der sich der republikanische Senator McCain ausgesetzt sah, als dieser im Jahr 2000 gegen George W. Bush antrat, um als Präsidentschaftskandidat nominiert zu werden, was angesichts dessen, dass die Kampagne von den gleichen Personen realisiert wurde, nicht weiter erstaunlich ist. Präsident Bush distanzierte sich erst sehr spät, nachdem er von unterschiedlichen Seiten, u.a. von Senator McCain, dazu gedrängt worden war, und auch nur halbherzig von den Aussagen der Swift Boat Veterans. Obwohl die Vorwürfe der Gruppierung sich als unwahr herausstellten, hatte die Kampagne ihren Zweck erfüllt: das Bild John Kerrys wurde durch sie stark beschädigt.

Eine weitere Strategie der Republikaner bestand darin, John Kerrys Positionen zum Irak-Krieg als unausgereift und inkonsequent darzustellen. Kerry hatte in Abstimmungen im Senat uneinheitlich abgestimmt. Zunächst hatte er für die Invasion im Irak votiert, später aber die Bewilligung der für die Finanzierung des Krieges beantragten Mitteln abgelehnt. Im Wahlkampf trat er als Kriegsgegner auf und sprach sich für die Auf-

nahme eines Dialogs mit anderen Staaten insbesondere den europäischen, aber auch arabischen Staaten aus. Mit seinem Positionswechsel hatte Kerry die Grundlage für einen wesentlichen Bestandteil der Kampagne Bushs geschaffen, die Kerry das Etikett eines „flip-floppers“, das heißt eines wankelmütigen und damit nicht regierungsfähigen Senators anheftete und zugleich Bush als führungsstark und entschlossen darstellte.

Während die Republikaner von Anfang an auf einen harten Wahlkampf mit einem beträchtlichen Potenzial an Negativ-Wahlkampf, das heißt der Verunglimpfung des politischen Gegners, in das Rennen gegangen waren – die Attacken gegen John Kerry begannen im Frühjahr 2004 – vertraute das Kerry-Team zunächst darauf, dass die Wähler diese Art von Wahlkampf nicht mögen und hielt sich zunächst zurück. Dies endete erst nach dem Nominierungsparteitag der Republikaner, als die Umfragewerte Kerrys ihren Tiefststand erreicht hatten. Nach einem Gespräch mit Ex-Präsident Bill Clinton ging Kerry in die Offensive und attackierte nun seinerseits Bush offen als Lügner.

Wahlkampfauftritte der beiden Kandidaten und der Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten konzentrierten sich auf Grund des US-amerikanischen Wahlsystems auf die so genannten „swing states“, also auf die Staaten, in denen es keine traditionelle Festlegung für eine der beiden Parteien gibt. Es handelt sich hierbei um die Staaten Arizona, Colorado, Florida, Iowa, Maine, Michigan, Minnesota, Missouri, Nevada, New Hampshire, New Mexico, Ohio, Oregon, Pennsylvania, West Virginia, and Wisconsin (siehe auch Tabelle).<sup>6</sup> In diesen Staaten wurde das meiste Geld der exorbitanten Wahlkampfkosten ausgegeben. Eine hohe Beachtung fanden auch die drei zwischen Bush und Kerry ausgetragenen Fernsehduelle, bei denen Kerry besser abschnitt als Bush und sein Bild in der Öffentlichkeit verbessern konnte. Da Bush sich jedoch weniger schlecht präsentierte als angenommen worden war, nahm seine Kampagne keinen Schaden durch die Fernsehdebatten.

### 3.3 Erklärungen für den Wahlausgang<sup>7</sup>

Die Antwort auf die Frage, weshalb George W. Bush die Präsidentschaftswahl und die Republikaner die Kongresswahlen für sich entscheiden konnten, setzt sich aus einer Reihe von Faktoren zusammen. Bislang galt in den USA die Faustregel, dass eine hohe Wahlbeteiligung den Demokraten zu Gute kommt. Diese Regel wurde bei dieser Wahl widerlegt. Die Wahlbeteiligung war zwar hoch, aber es waren vor allem die Republikaner, die ihre Wähler mobilisieren konnten. Die Kampagnen der Demokraten, vor allem junge Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, waren hingegen nicht erfolgreich.

Die starke Mobilisierung konservativer Wählerschichten lässt darauf schließen, dass die ethisch-moralische Fragen eine große Rolle für den Wahlausgang spielten. Dies zeigt sich insbesondere im Ausgang der Referenden über gleichgeschlechtliche Ehen. In allen Staaten sprach sich eine große Mehrheit dafür aus, Ehen grundsätzlich als Gemeinschaft einer Frau und eines Mannes anzusehen. Die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften wurde überall abgelehnt, wobei die Mehrheitsverhältnisse variierten. Während in Mississippi 86 Prozent gegen die Gleichstellung waren, waren es in Oregon 52 und in Ohio 68 Prozent. Gerade in den *swing states*, führten die „gay marriage“-Referenden zu einer hohen Mobilisierung der konservativen Wählerschichten und wirkten sich damit wahlentscheidend aus, ein Beispiel hierfür ist Ohio.

Vergleicht man die Wahlergebnisse mit denen des Jahres 2000, stellt man fest, dass das Abstimmungsverhalten von Frauen sich verändert hat. Dies gilt insbesondere für verheiratete weiße Frauen, die in wesentlich geringerem Umfang für Kerry gestimmt

haben als sie dies vier Jahre zuvor für Al Gore getan hatten (Burden 2004). Dieses Phänomen könnte mit dem im Vergleich zu Al Gore geringeren Charisma Kerrys, aber auch mit ethisch-moralischen Einstellungen zusammen hängen.

Insgesamt wurde vermutet, dass die Demokraten die unteren Wählerschichten nicht ansprechen konnten. Diese Schichten haben entgegen ihrer ökonomischen Interessen für George Bush und die Republikaner gestimmt, was mit der „yuppification“ der Demokraten zusammenhänge, die ihren Fokus auf diese Bevölkerungsgruppe ausrichten und die Arbeiter aus den Augen verloren haben.<sup>8</sup>

#### 4. Zukunftsperspektiven

Die Wähler haben Präsident Bush eine zweite Amtszeit ermöglicht und ihn zusätzlich mit Mehrheiten im Kongress ausgestattet. Die Frage, die sich nun stellt, ist, welche Perspektiven sich hieraus innen- und außenpolitisch ergeben.

Das neue Regierungsteam des Präsidenten zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, dass kritische, wenn auch zuletzt einflussarme Regierungsmitglieder wie Colin Powell ausgeschieden sind. Die neue Außenministerin, die bisherige Sicherheitsberaterin, Condoleezza Rice hat einen sehr engen Kontakt zu George W. Bush und dürfte einerseits einen größeren Einfluss auf diesen ausüben, andererseits wird sie im Zweifelsfall jedoch Bushs Entscheidungen mittragen. Sie zeichnet sich durch ein sehr hohes Maß an Ehrgeiz, Machtstreben und Loyalität gegenüber George Bush aus. Sie wird ihre Position nicht dadurch in Gefahr bringen, dass sie sich gegen den Präsidenten stellt. Weiterhin in der Regierung vertreten sein werden der bisherige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Vizepräsident Dick Cheney. Beide sind ebenfalls nicht in die Kategorie gemäßiger Politiker einzuordnen.

Auch die Ernennung Alberto Gonzales zum Generalstaatsanwalt lässt darauf schließen, dass die Politik der zweiten Amtszeit nicht gemäßiger werden wird. Es wird vermutet, dass Gonzales, ein langjähriger Berater Bushs, zuletzt in der Funktion des Chefberaters, der in einem Memo hatte verlautbaren lassen, dass das Folterverbot nicht für Kriegsgefangene gelte und der eine Reihe von Bestimmungen der Genfer Konventionen für überflüssig hält, in absehbarer Zukunft in das oberste Bundesgericht, in den „*Supreme Court*“ aufrücken soll (vgl. New York Times, 06.01.2004, S. A25). Diese Aussicht lässt nicht darauf schließen, dass die Urteile des Gerichts in Zukunft liberaler werden könnten. Die Befürchtungen der Demokraten, dass Bush seine zweite Amtszeit dafür nutzen werde, den *Supreme Court* mit konservativen Hardlinern zu besetzen, finden hier ihren Ausdruck und eine erste Bestätigung.

Die Marschrichtung für die Politikfelder Sozialpolitik, Außenpolitik und Fiskalpolitik wurde bereits während des Wahlkampfes deutlich und die Äußerungen des Präsidenten nach dem Wahlsieg lassen darauf schließen, dass keine Abkehr von diesem Programm vorgesehen ist. Innenpolitisch sind die Privatisierung des Gesundheitssystems und des Rentensystems sowie eine Steuerreform geplant (vgl. New York Times, 03.01.2004, S. A14). Für die Steuerpolitik liegen bislang noch keine konkreten Pläne vor, die Leitlinien weisen jedoch stark in die Richtung von Steuererleichterungen für höhere und hohe Einkommen einerseits und einer Einführung einer bundesweiten Konsumsteuer andererseits. Diese dürfte für die Bezieher niedriger Einkommen schmerzhaft Folgen nach sich ziehen.

Was das Haushaltsdefizit angeht, ist nicht damit zu rechnen, dass sich dieses verkleinern wird. Im Gegenteil, die noch vor der Wahl geäußerten Prognosen, es werde

von 412 auf 331 Milliarden US Dollar sinken, haben sich nicht bestätigt. Derzeit ist eine Erhöhung auf 427 Milliarden US Dollar geplant, allein für den Irak hat der Präsident weitere 80 Milliarden US Dollar beim Kongress beantragt. Die geplanten Steuererleichterungen sind in diese Schätzungen noch nicht eingerechnet und werden das Defizit weiter in die Höhe treiben. Dies hat auch Konsequenzen für die Handelspartner der USA, da diese Politik nicht dazu beitragen wird, den Dollarkurs zu stabilisieren oder gar zu stärken.

Die Außenpolitik wird durch den Personalwechsel stärker mit der Verteidigungspolitik gekoppelt werden. Entgegen der Beteuerungen Condoleezza Rice und des Präsidenten, dass die Regierung den Dialog mit den europäischen Partnern verstärken wolle, ist hier nicht damit zu rechnen, dass es eine stärkere Abstimmung geben wird. Die Äußerungen zur künftigen Politik gegenüber dem Iran sprechen eine andere Sprache und lassen auf eine harte Linie und Alleingänge schließen.

Wenn Bush davon spricht, dass er die „Freiheit in die Welt tragen“ und unterdrückte Völker von undemokratischen Herrschern befreien will, kann dies durchaus als Ankündigung weiterer militärischer Angriffe verstanden werden. Bush sieht sich durch seine Wiederwahl in allen seinen Positionen bestätigt. Dies gilt auch für das Sendungsbewusstsein, das er ausstrahlt. Kurz nach der Wahl hat er beispielsweise geäußert, dass er das Kapital nutzen werde, dass er durch die Wahl gewonnen habe (vgl. New York Times, 21.11.2004, S. A18).

Ob sich die USA durch diese Wahl als konservativer Staat manifestieren, lässt sich aufgrund der bisherigen Wahlanalysen und der politischen Agenda des neu gewählten Präsidenten zwar vermuten, jedoch nicht abschließend beurteilen. Die politischen Themen sowie die Zusammensetzung der neuen Regierung lassen bislang die Erwartung zu, dass die zweite Amtszeit Bushs von ökonomischen Interessen und machtpolitischem Kalkül geprägt sein wird.

## Anmerkungen

- 1 In elf Staaten fanden zusätzlich Gouverneurswahlen statt, diese werden hier allerdings nicht berücksichtigt.
- 2 Die Stimmenzahl pro Staat richtet sich nach der Anzahl der Abgeordneten, die den Staaten im Repräsentantenhaus zur Verfügung steht, also letztendlich nach der Einwohnerzahl. Nach der Wahl im Jahr 2000 veränderte sich die Gewichtung im electoral college. Dies kam den Republikanern zu Gute, da die republikanisch dominierten Staaten im Süden und im Westen aufgrund ihres Bevölkerungszuwachses mehr Stimmen bekamen.
- 3 Vgl. [http://www.fairvote.org/e\\_college/me\\_ne.htm](http://www.fairvote.org/e_college/me_ne.htm), abgerufen am 17.01.2005.
- 4 Allerdings hat ein Mitglied des *electoral college* aus Minnesota bei der Wahl des Präsidenten nicht für Kerry, sondern für John Edwards, den Kandidaten für den Posten des Vize-Präsidenten, gestimmt, so dass Kerry bei der Abstimmung im *electoral college* nur 251 Stimmen erhielt.
- 5 New York Times, „Disaffected Democrat Who is Now a G.O.P. Dream“, 01.09.2004, S. P9.
- 6 Für weitere Informationen vgl. [http://usinfo.state.gov/dhr/democracy/elections/battleground\\_states.html](http://usinfo.state.gov/dhr/democracy/elections/battleground_states.html), abgerufen am 17.01.2004.
- 7 Die hier aufgezeigten Diskussionen und Analysen sind hypothetischer Natur, da die „National Election Study“ erst im Frühjahr 2005 zur Verfügung stehen wird und bei Abschluss des Manuskripts nicht vorlag.
- 8 Thomas Frank in: „What’s the Matter With Kansas: How Conservatives Won the Heart of America“, zitiert nach: New York Times, 03.11.2004, S. A19.

## Literatur

- Abramowitz, Alan (2004). Terrorism, Gay Marriage and Incumbency. Explaining the Republican Victory in the 2004 Presidential Elections. In: *The Forum* (online Version), Jg. 2 (4), S. 1-9.
- Burden, Barry C. (2004). An Alternative Account of the 2004 Presidential Election. In: *The Forum* (online Version), Jg. 2 (4), S. 1-10.
- Campbell, James E. (2004). The Presidential Election of 2004: The Fundamentals and the Campaign. In: *The Forum* (online Version), Jg. 2 (4), S. 1-16.
- McDonald, Michael P. (2004). Up, Up and Away! Voter Participation in the 2004 Presidential Election. In: *The Forum* (online Version), Jg. 2 (4), S. 1-4.

